



Stellungnahme zum Haushalt 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder des Verwaltungsvorstands,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr verehrte Vertreter der lokalen Medien,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger [-auch wenn Sie nur wenige sind-]

Quidquid agis, prudenter agas et respice finem!

Diese Aufforderung zu klugem und zielorientiertem Handeln, überliefert in der spätmittelalterlichen Sammlung „Gesta Romanorum“ bedeutet in knapper Übersetzung:

Was auch immer du tust, handle klug und denk an die Folgen!

Dieses Leitmotiv wäre geeignet unser aller Leitmotiv bei den zurückliegenden Haushaltsberatungen wie auch bei den heute anstehenden Entscheidungen zu sein. Ich möchte diesen Satz zum Leitgedanken meiner kurzen Betrachtung zum Haushalt 2024 machen.

Als im September 2023 der Bürgermeister und der Kämmerer den Haushaltsentwurf 2024 eingebracht haben, war der Schock für alle Beteiligten groß. Der Kämmerer präsentierte uns ein Defizit von 32 Mio. Euro im Jahresergebnis 2024. Im gleichen Atemzug formulierte er (ich zitiere) „Leider ist es so, dass wir nach vielen Jahren in Rheine die Hebesätze anpassen müssen.“ (Zitatende).

Mit **Anpassung** war, wie wir alle wissen, eine Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer gemeint, die rechnerisch eine Verbesserung für den städtischen Haushalt von rund **21 Mio. Euro** erbracht hätte. Was hätte das bedeutet?



Eine Verteuerung des Wohnens und Lebens in Rheine für alle, eine Verschlechterung für die am Wirtschaftsstandort Rheine ansässigen Gewerbesteuerzahler, eine potentielle Schwächung des Wirtschaftsstandorts. Der unübersehbare Fachkräftemangel, die im europäischen Vergleich immens hohen Energie-, besonders der Stromkosten, vor allem die **hohe Last an Steuern und Abgaben** sind wesentliche Faktoren, die den Wirtschaftsstandort Deutschland unattraktiv machen. Betriebe aus vielen Bereichen veranlasst das zu der Überlegung, den Standort Deutschland wegen dieser Unwägbarkeiten nicht mehr als ihre Nummer 1 zu betrachten.

Die von vielen Experten mit Sorge beobachtete Abwanderung aus dem Wirtschaftsstandort Deutschland wäre auch für Rheine bedrohlich näher gerückt. Die negativen Folgen für den lokalen und regionalen Arbeitsmarkt wie auch für die künftige Einnahmesituation für das Gewerbesteueraufkommen kann sich jeder und jede ausmalen.

Das ist für uns, das ist für die UWG der Grund, weshalb wir die Erhöhung von Steuern und Abgaben nur als ultima ratio, als letztes Mittel ansehen.

Die UWG Rheine hat schon im September 2023 die Notbremse gegen Steuererhöhungen gezogen und die Verschiebung der HH-Plan-Beratungen gefordert, wie ein Blick ins Protokoll der damaligen Ratssitzung verrät. Dahinter verbarg sich die Erwartung, dass eine neuere Betrachtung der Gesamtsituation des Haushaltes 2024 und der Folgejahre eine neue Perspektive für die finanzielle Gesamtsituation eröffnen würde. Die Erfahrungen der vergangenen Haushaltsjahre haben uns da zuversichtlich gemacht.

Die Ausgangssituation für 2024 und die Folgejahre kam für die UWG keineswegs überraschend, wie das nachfolgende Zitat belegt:



Stellungnahme zum Haushalt 2024

Zitat:

„Die Planzahlen der Jahre [2023-2026] sind eine bedrohliche Kulisse für den Haushalt der Stadt Rheine und damit für den Handlungsspielraum von Rat und Verwaltung.

[...]

*Wenn wir hier nicht entschieden **gegensteuern**, dann ist der Absturz in die Haushaltssicherung, wenn nicht im laufenden, so doch in den Folgejahren vorhersehbar. Wollen wir als Kommune an der Preisspirale für die Gesamtkosten des Wohnens und Lebens aktiv mitdrehen?*

Wir wollen das nicht-heute nicht und auch nicht in einem Jahr.“ (Zitatende)

Dieses Zitat habe ich meiner Stellungnahme zum HH-2023 entnommen. Ich habe Ihnen, ich habe euch dieses Zitat nicht erspart, um deutlich zu machen: Wir befinden uns heute wie vor Jahresfrist in einer Situation, die vorhersehbar so eingetreten ist, wie vorausgesagt. Und wir haben Wort gehalten—**Keine Steuererhöhungen mit der UWG in 2023, keine Steuererhöhungen mit der UWG in 2024**, denn damals wie heute galt und gilt: „...**und denk an die Folgen!**“

Und heute verabschieden wir eine Haushaltssatzung und einen Haushaltsplan für das Jahr 2024, bei dem sich im Ergebnisplan gegenüber dem Haushaltsplanentwurf vom September eine Verbesserung von rund 20 Mio. Euro ergibt.

Wie konnte es dazu kommen?

Die Verwaltung hat schnell und sensibel auf das unmissverständliche politische Signal reagiert: **Es gibt keine Steuererhöhungen für 2024 mit diesem Rat!**

die Verbesserungen des heute zur Verabschiedung anstehenden HH- und Gesamtstellenplans sind unter dem Strich zum überwiegenden Teil von der



Stellungnahme zum Haushalt 2024

Verwaltung im „2. Zugriff“ erfolgt. Die Verwaltung hat schnell erkannt: Ein gutes Pferd springt nicht höher, als es springen muss, eine Flut von Anträgen wie in den Jahren zuvor war nicht erforderlich, dafür sprechen wir der Verwaltung unsere Anerkennung aus: **Gut gemacht!!!**

Dennoch sind wir nicht der Meinung, dass alle Möglichkeiten zur HH-Konsolidierung ausgeschöpft sind. Aus diesem Grund hat die UWG Rheine zur heutigen Sitzung einen Antrag für eine zu revidierende Planung beim Neubau der Elsa-Brändström-Realschule eingebracht, der spät, aber nicht zu spät ein Einsparpotential in hoher 6-stelliger Größenordnung beinhaltet, ohne dass mit dieser Einsparung irgendjemandem unzumutbarer Schmerz zugefügt würde. Mit einem statt der ursprünglich geplanten zwei Gymnastikräume können alle gut leben. Der damit verbundene Appell richtet sich an euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, gemeinsam mit uns Verantwortung in dieser angespannten HH-Situation zu übernehmen.

Die eindeutige Beschlusslage aus der abschließenden HDF-Sitzung vom 27.02.2024 lässt die Vermutung zu, dass die heutigen Vorlagen zum Gesamtstellenplan für das Jahr 2024 (063/24) und zur Verabschiedung von Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2024 einstimmig, zumindest aber mit großer Mehrheit gefasst werden.

Die finanziellen Aussichten für die Folgejahre sind keineswegs rosig. - **Die Kuh ist noch nicht vom Eis!!!**

Die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes ist für das Jahr 2024 abgewendet, ohne dass es zu der vom Kämmerer zuvor als notwendig angesehenen Erhöhung der Hebesätze gekommen ist. Das ist ein Erfolg für den Erhalt der Standortqualität in Rheine, ein Erfolg für Leben und Wohnen, für



Stellungnahme zum Haushalt 2024

Arbeiten und Wirtschaften in Rheine. Ziel für das Jahr 2025 muss es sein, auch dann die Qualität für unsere Stadt Rheine hoch zu halten, ohne den für jeden Kämmerer verführerischen Dreh an der Steuerschraube.

Ich gehe davon aus, dass **dieses Fazit** in einem Jahr zitierfähig ist.

Ich danke allen Beteiligten für die investierte Arbeit, die Intelligenz der Lösungsvorschläge und für die konstruktive Zusammenarbeit.

Vor uns -Rat und Verwaltung- liegt ein schwieriges Jahr mit vielen Unwägbarkeiten.

Packen wir's an !!! – in einem Jahr sehen wir uns wieder an dieser Stelle!!!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit beim Zuhören!